

Between Domestic Power Struggles and European Leadership – Romania's First Presidency of the Council of the European Union

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Berlin, 11. April 2019

Bericht von Friedrich Püttmann, Berlin

□ Rumänien: Mitglied der Europäischen Union seit 2007, Heimat von 20 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, auf dem Weg zur Unterzeichnung des Schengen-Abkommens. Im ersten Halbjahr 2019 besetzt der junge EU-Mitgliedstaat erstmals den Vorsitz des Rats der Europäischen Union (auch Ministerrat genannt). Gleichzeitig hat das Land der einstigen Ceaușescu-Diktatur mit einer Instabilität der Regierung, institutionellen Konflikten und wachsendem Protest sowohl auf den Straßen als auch aus Brüssel zu kämpfen. Die Anklage: Korruption und Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit. Erst Mitte April 2019 suspendierten die europäischen Sozialdemokraten Rumäniens regierende Sozialdemokratische Partei (PSD) als Teil der S&D-Fraktion im Europa-Parlament. Unter dem vorbestraften Vorsitzenden der PSD und der rumänischen Abgeordnetenversammlung, Liviu Dragnea, ist eine Gesetzesänderung in Planung, die Amtsmissbrauch nur noch eingeschränkt strafbar machen soll, so die Begründung. Hinzu kommt Bukarests aktive Beeinträchtigung der Kandidatur der rumänischen Korruptionsbekämpferin Laura Kövesi für den Chefposten der geplanten EU-Staatsanwaltschaft, welche ebenfalls auf scharfe Kritik seitens des Kommissions-Vizepräsidenten und sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans stößt. Immer wieder kritisieren verschiedene Stimmen aus Brüssel Bukarest – und das zu einer Zeit, in der doch gerade Bukarest Brüssel die entscheidenden politischen Impulse für die Zukunft der EU geben soll.

Wie geht das zusammen? Ist Rumänien seiner europäischen Verantwortung gewachsen? Und was ist die politische Zukunft des größten Flächenstaats Südosteuropas? Grund genug für ein internationales Symposium auf neutralem Boden im Hotel Maritim proArte Berlin, um sich diesen Fragen unter der Mitwirkung nationaler und ausländischer Beobachter, Staatsrepräsentanten und Aktivisten, Forschern und Praktikern zu widmen. Das Konferenzkomitee bestehend aus SOG-Vizepräsident *Manuel Sarrazin*, MdB, und Dr. *Christian Hagemann*, dem neuen stellvertretenden SOG-Geschäftsführer und Initiator des Symposiums, setzte den Fokus dabei auf die Prioritäten Rumäniens während seiner EU-Ratspräsidentschaft und seiner Vision für Europa, auf die derzeitige innenpolitische Lage Rumäniens und auf deren Auswirkungen auf den Ratsvorsitz. Das Symposium dauerte einen halben Tag mit einer wohlplatzierten Pause, welche die Diskussion über Rumäniens Blick auf Europa von der Diskussion über Europas Blick auf Rumänien trennte – für manche im Publikum auch eine Einteilung in „Zeremonie“ und „offenen Diskurs“.

Nach den Eröffnungsworten durch den Geschäftsführer der SOG, Dr. *Hansjörg Brey*, der den durch laufende Abstimmungen im Bundestag verhinderten Vizepräsidenten Sarrazin vertrat, begann das Symposium mit dem ersten Podium – zusammengesetzt aus *Miheia Diclescu-Blebea*, Gesandtin der rumänischen Botschaft in Deutschland, *Valentina Ivan* vom rumänischen Think-Tank ‚Expert Forum‘ in Bukarest, *Maria Popescu*, Forscherin an der Wirtschaftsuniversität Bukarest, und Herrn Brey selbst als Moderator. Nicht anwesend war Andi Cristea, Mitglied des Europa-Parlaments für die PSD, der kurzfristig abgesagt hatte, um Verpflich-

tungen in Bukarest nachzukommen. Der ebenfalls eingeladene rumänische Europaminister, George Ciamba, wurde durch Frau Diculescu-Blebea von der rumänischen Botschaft vertreten.

Die Gesandte Rumäniens, *Mihaela Diculescu-Blebea*, begrüßte zunächst ausdrücklich, eine der vielen weiblichen Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion zu sein: Dies zeige, dass *gender equality* in der EU sichtbar voranschreite, inklusive bei der SOG. Ihre Präsentation war sprachlich als Ausblick auf Rumäniens EU-Präsidentschaft formuliert, was darauf hindeutete, dass sie vom Anfang des Jahres 2019 stammte. So bestehe Rumäniens Fahrplan für den EU-Ratsvorsitz aus drei Kernelementen: dem Brexit, den monetären Finanzrahmen der EU und einer Reform der EU-Institutionen. Rumänien sehe es als die Erwartung der EU an, die gemeinsame europäische Agenda voranzutreiben. Was genau dies bedeutet, wurde nicht weiter ausgeführt. Eine besondere Rolle spiele dabei der Sibiu-Gipfel im Mai 2019, von welchem sich Rumänien erhoffe, allen EU-Bürgern eine Perspektive für die Zukunft zu bieten. Das Schlüsselwort dabei sei „Zusammenhalt“ bzw. „Kohäsion“. Diese bestünden aus drei Dimensionen: Einer politischen, welche durch die Stärkung der Verbindung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten entstehe, einer wirtschaftlichen, welche zum Ziel habe, die Entwicklungsunterschiede zwischen West und Ost zu verringern und den gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken, und einer sozialen, die an einem Europa als Wohlfahrtsorganisation festhalte.

Rumäniens europapolitischer Ansatz sei es, die EU als globalen Akteur zu stärken und nach innen wie außen zu zeigen, dass die EU solide und funktionsfähig sei. Der EU-Gipfel in Sibiu/Hermannstadt sei eine Möglichkeit für die europäischen Vertreter/innen zu beweisen, dass es sich lohne, europaweit solidarisch zu sein. Unter diesem Motto wolle Rumänien insbesondere auch gegen „Manipulation und Desinformation“ während der Europawahlen im Mai 2019 vorgehen. Des Weiteren gehöre dazu auch die Östliche Partnerschaft der EU und die europäische Erweiterung auf dem westlichen Balkan, welcher Rumänien eine hohe Priorität beimesse: Eine EU ohne den Westbalkan sei eine unvollständige Union. So sei es „ein ganz natürlicher Prozess“, dass die sechs Westbalkan-Länder früher oder später der EU beitreten. Deren europäische Integration sei fundamental für Europas Stabilität und müsse zügig voranschreiten, damit die dortige Jugend nicht weiter von der EU enttäuscht sei.

Selbstverständlich sei es hierbei wichtig, dass die Bewerberstaaten alle Auflagen dafür erfüllten und sich ihre Mitgliedschaft in der EU erarbeiteten. Jedoch sei es auch an der EU, deren Anstrengungen expliziter anzuerkennen und „adäquat darauf zu antworten“. Das Argument, dass Rumänien selbst seinerzeit nicht bereit für den Beitritt gewesen sei, sei schlichtweg falsch: Rumänien habe alle Auflagen erfüllt und sein Beitritt sei verdient gewesen. Die Gegenüberstellung von europäischem Zusammenhalt und europäischer Erweiterung sei ebenfalls nicht zutreffend: Ein europaweiter Zusammenhalt schließe den westlichen Balkan mit ein. Rumänien habe sich daher die folgenden konkreten Ziele für die EU-Erweiterung gesetzt: Einen größeren Fortschritt in den Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro, einen Verhandlungsbeginn mit Albanien und Nordmazedonien sowie weitere Bemühungen um Bosnien und Herzegowina. Um für diese Ziele zu werben, wolle Rumänien u.a. eine Veranstaltung zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung in Berlin abhalten. Die deutsch-rumänischen Beziehungen seien sehr gut und sollen weiter gepflegt werden.

Nicht ganz so positiv war *Valentina Ivans* Blick auf das Verhältnis der EU zu Rumänien. Der Großteil der politischen Klasse Rumäniens sei von Klientelismus und Korruption geprägt. Wer seine Loyalität gegenüber dem ‚richtigen‘ politischen Lager vorweise könne, bekomme öffentliche Zuschüsse für sein Unternehmen. Zwar verhalte sich Rumänien demokratisch innerhalb der EU, zu Hause stehe es jedoch in der Tradition eines „östlichen Modells“ der

Vetternwirtschaft und der Unterwanderung des Rechtsstaats. So hoffe sie, dass Rumänien nicht zusätzlich noch dem Vorbild Polens oder Ungarns folgen werde, und merkte dabei an, dass sie der Auffassung sei, dass die EU die Vergehen jener Mitgliedstaaten unbedingt ahnden müsse. Die Essenz einer EU-Mitgliedschaft sei es schließlich, dass man sich freiwillig zu den Fundamenten der EU bekannt habe, und für die EU sei es von größter Wichtigkeit, nach außen zu zeigen, dass man die internen Herausforderungen bewältigen könne. Die Botschaft an die Welt müsse sein, dass die EU geeint sei, „gekommen, um zu bleiben“ und dass sie bereit sei, sich zu erweitern.

Damit dies gelinge, dürfe die EU gleichzeitig auf keinen Fall zulassen, dass heutige Beitrittskandidaten ihre volkswirtschaftlichen Bilanzen beschönigten und damit die EU destabilisiereten. In Hinblick auf Rumänien sei sie in diesem Sinn eher pessimistisch: Rumäniens politische Kultur sei von der EU-Verwaltung in Brüssel kaum geprägt worden; stattdessen gelinge es Rumänien weiterhin, europäischen Verpflichtungen aus dem Weg zu gehen. Angesichts der internen Konflikte müsse die EU einen neuen Weg finden, damit Länder wie Rumänien voll und ganz EU-Richtlinien einhielten. Gleichzeitig müsse die Kohäsionspolitik der EU vereinfacht werden, denn ihre Komplexität mache es einigen Mitgliedstaaten im Osten schwer, diese richtig umzusetzen. Im Sinn der europäischen Kohäsion und der Verringerung regionaler Disparitäten sei es für Rumänien vor allem entscheidend, in seine Infrastruktur zu investieren. Außerdem machte Ivan sich um Russlands Einfluss in Rumänien Sorgen. Etwas Grund für Optimismus gab es aber dann doch: Durch seine eingängige Erfahrung mit Korruption könne Rumänien immerhin die EU darin beraten, wie man Institutionen schafft, die dagegen schützen – und wie nicht.

Auch *Maria Popescu* sah die EU in der Pflicht, stärker in ihren Mitgliedstaaten zu intervenieren. In ihrer Präsentation ihres Fachzeitschriftartikels argumentierte sie, dass die EU zum einen „interdependent“ und zum anderen „top-down“ geschaffen worden sei. Aus diesen Gründen müssten auch Lösungen für ganz Europa „von oben“ kommen. Gerade angesichts des Brexits müsse die EU ihre Stärke beweisen – auch was die interne Aufrechterhaltung des Rechtsstaatsprinzips betreffe. Mitglied der EU zu sein habe viele Vorteile, aber auch politische Konsequenzen, die manch einer gerne abmildern würde, wie das Beispiel Rumänien zeige. Hier sei es wichtig, dass die EU Rückhalt in der Bevölkerung behalte, indem sie weiterhin auch ein „soziales Europa“ verkörpere. Das werfe Fragen auf: Wie geht die EU mit dem demographischen Wandel und der Veränderung des Arbeitsmarkts um angesichts technologischer Innovationen? Ist das europäische Sozialmodell noch leistungsfähig? Welche Rolle dabei Rumäniens EU-Ratspräsidentschaft genau spielen könnte, thematisierte Popescu nicht. Allerdings listete sie die ihrer Ansicht nach drängendsten Herausforderungen für die EU und Rumänien auf, und machte anschließend konkrete Vorschläge, wo die EU und Rumänien ihre Prioritäten setzen sollten.

Für die EU seien diese Prioritäten: der Brexit, Cybersecurity, Fake News, divergierende nationale Vorstellungen über den Sinn und Zweck der EU sowie Konflikte zwischen den verschiedenen Institutionen, politische Turbulenzen anlässlich der anstehenden Europawahlen, Europas Energie-Abhängigkeit, und Terrorismus. Rumänien hingegen stehe vor nur zwei Herausforderungen, diese jedoch seien von erheblichem Ausmaß: politische Instabilität und eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere mit Blick auf den Zustand des Gesundheitssektors, fehlende Investitionen in die Infrastruktur und den Brain Drain gen Europa. Der EU schlug Popescu daraufhin vor, die folgenden Dinge zur Problembewältigung zu erschaffen: einen innovativen Digitalmarkt, eine Energieunion mit einer zukunfts zugewandten Klimapolitik, eine umfangreiche Agenda für Migrationspolitik, eine Sicherheitsunion, eine Vertiefung der

Wirtschafts- und Fiskalunion, eine Bankenunion und eine Union der Kapitalmärkte, schließlich einen faireren Binnenmarkt. Rumänien müsse seine Präsidentschaft nutzen, um sich vor allem auf folgende Dinge zu konzentrieren: eine stärkere Konvergenz Europas mithilfe der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik, ein sichereres Europa durch Maßnahmen zugunsten erhöhter Cyber- und Grenzsicherheit, eine Stärkung Europas als globalem Akteur mithilfe der Östlichen Partnerschaften, der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Handel, die Stärkung der gemeinsamen Werte Europas durch eine „bürgerorientierte Präsidentschaft“ und die Priorisierung sozialer Rechte. Schlussendlich untermauerte Popescu auch die Haltung ihrer Vorredner/innen, dass die Westbalkan-Länder ein Teil der EU werden sollten und man in sie investieren solle, anstatt sie als Problem zu betrachten.

Alles in allem bestand also eine große Überschneidung zwischen den Teilnehmer/inne/n am Podium, was die Aufgaben Europas betraf. Das Verhältnis zwischen der EU und Rumänien bewerteten sie hingegen sehr verschieden, was auch mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen zusammenhängen mag, wie es insbesondere Popescus resümierendes Schlusswort zu diesem Thema gut veranschaulichte: „Technically speaking, Romania is doing very well but in political terms, Romania is faring badly.“ Bemerkenswert an den Redebeiträgen der Vortragenden war im Übrigen, wie oft der Begriff Desinformation oder „Fake News“ fiel. Man konnte den Eindruck gewinnen, es handle sich dabei um eine Toppriorität für Europa, mehr noch als es in Deutschland thematisiert wird. Insofern war ein „rumänischer Impuls“ für die EU während der Ratspräsidentschaft auf jeden Fall zu erkennen. – Während der anschließenden Diskussion fügte das Publikum neben seinen Fragen den Stellungnahmen der Redner/innen noch einige Kommentare hinzu: Man müsse stärker betonen, dass europäische Integration auch politische Integration bedeute und man müsse sich stärker um den Erhalt des Vertrauens seitens der Beitrittskandidaten bemühen, wenn man ein „türkisches Szenario“ verhindern wolle, hieß es dabei unter anderem. Insbesondere die nach wie vor ausstehende Visafreiheit für Kosovo wurde thematisiert. Andere wiederum nahmen die Stellungnahmen auf dem Podium als Anlass zu direkter Kritik an Rumänien: Die EU benötige nicht nur technische, sondern auch politische Führung und dazu sei Rumänien nicht imstande. Vor diesem Hintergrund war der Übergang der Tagung zu Rumäniens innenpolitischer Lage sehr willkommen.

Trotz des regelrechten Heißhunger der Rumänien-Experten und -Expertinnen auf dem Podium und im Publikum, „ans Eingemachte“ zu gehen, ließ sich nach Ende der Kaffeepause ein Rückgang in der Anzahl der Anwesenden verzeichnen. Der inhaltliche Anspruch der darauffolgenden Diskussion allerdings litt darunter nicht, sondern nahm vielmehr noch zu. Rumäniens Innenpolitik erhitze die Gemüter, das zeigte sowohl die Lebhaftigkeit als auch die Länge der Vorträge. Podiumsteilnehmer waren *Alina Mungiu-Pippidi*, Professorin für Demokratiestudien an der Hertie School of Governance in Berlin, *Elena Calistru* von der Bukarester NGO ‚Funky Citizens‘, *Ana Maria Luca*, Rumänien-Korrespondentin des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN), und *George Jigla*, Politikwissenschaftler am Zentrum für Demokratiestudien in Cluj. Moderiert wurde die Diskussion von *Christian Hagemann*, der selbst in Rumänien gelebt hat und in seiner landeskundlichen Expertise den anderen Diskutanten in nichts nachstand.

Die bereits angesprochenen Themen Korruption und Klientelismus waren auch der Leitfaden des Vortrags von *Alina Mungiu-Pippidi*, inklusive der Rolle, die bis heute der rumänische Geheimdienst dabei spielt. Ihre insgesamt düstere Analyse begann zur Überraschung mancher im Publikum mit einer frohen Botschaft: Während die Statistiken von Eurobarometer Rumänien lange Zeit als die Spitze der Korruption in Europa eingeordnet hätten, sei es dieser Tage auf eine Mittelposition gefallen. Auch in Rumänien könne der Rechtsstaat auferstehen. Die

entscheidende Frage sei jedoch, wie nachhaltig diese Errungenschaft ist. Rumänien habe lange Zeit viele Bemühungen in gesetzliche Antikorruptionsmaßnahmen gesteckt. Es sei daher kein Wunder, dass wer sich etwas zu Schulden hat kommen lassen nun versuche, seiner Strafe durch eine politische Einflussnahme auf die Gesetzgebung zu entkommen.

In ihrer aktuellen Forschung beschäftigt sich Mungiu-Pippidi mit der Frage, wie Rumäniens reichste Einwohner an ihr Vermögen gekommen seien. Anders als in Deutschland, wo dies überwiegend Industrielle seien, führe die Spur in Rumänien meist auf gute informelle Verbindungen zur Regierung zurück. Die methodische Vorgehensweise, die Mungiu-Pippidi zu dieser Erkenntnis brachte, stellte sie nicht vor; allerdings erwähnte sie, dass die genannte Korrelation teilweise zurückgegangen sei. Das post-kommunistische Rumänien sei lange Zeit dem Glauben an den freien Markt erlegen gewesen und daran, dass Wettbewerb von allein Korruption verringern werde. Doch dafür mangle es Rumänien an starken Institutionen der Judikative, die sich politisch unbeeinflusst und mit professioneller Systematik der Strafverfolgung widmeten, auch der von Politiker/inne/n in höchsten Rängen. In Folge dessen diene die Verfolgung von Korruption auf der Grundlage oft bewusst schwacher Nachweise heutzutage in erster Linie der Freisprechung ehemaliger Securitate-Mitglieder. Der rumänische Geheimdienst wisse sich jedoch gut zu schützen: Sein Haushalt sei zweimal so groß wie der des deutschen – bei einem Viertel der deutschen Bevölkerung. Außerdem besitze der Geheimdienst einen Großteil der Medien. Er sei also bestens imstande, die politische Agenda Rumäniens zu dominieren.

Auch Rumäniens Mitgliedschaft in der EU und die stetige Kritik aus Brüssel seien im Kampf gegen Korruption keine wirkliche Hilfe, erklärte Mungiu-Pippidi. Denn Rumäniens Mächtige wüssten ihre Machenschaften gut zu kaschieren, und es sei ein Irrglaube zu meinen, Rumänien brächte auch nur einen von ihnen ins Gefängnis, nur um der EU zu beweisen, dass Rumänien ein demokratisches Land sei. Doch speziell die Wahl von Klaus Johannis zum rumänischen Präsidenten – einem deutschsprachigen Lutheraner, den man als „wahren Europäer“ vermarktet habe – zeige die Bestrebung des rumänischen Volkes in Richtung Europa und weg von der Korruption. In vielen Ländern würden die Universitäten häufig Orte des Protests gegen die Vergehen der Mächtigen bilden, doch in Rumänien sei dies lange Zeit nicht möglich gewesen, da auch jene korrumpiert waren. Vor diesem Hintergrund seien die öffentlichen Proteste ein besonderer Erfolg – doch auch jener müsse kritisch gesehen werden. Rumänien, so Mungiu-Pippidi, befinde sich in einer Situation ähnlich wie Ungarn etwa zwei bis drei Jahre vor dem Aufstieg Orbáns. Wer aus der Welle des zivilen Widerstands in Rumänien heute politischen Profit schlage, könne sich in Zukunft womöglich auf lange Zeit an die Spitze setzen. In diesem Sinn schloss Mungiu-Pippidi mit dem warnenden Argument: „It is actually easier to exit clientelism than radical populism to enter real democracy. Corruption won't be with us forever.“

Der dadurch entstandene Spannungsbogen des Symposiums wurde von *Elena Calistru* gut aufgefangen. Die Vorsitzende der jugendlich anmutenden Organisation ‚Funky Citizens‘ verließ das Rednerpult und stellte sich selbstbewusst dem Publikum gegenüber, um diesem die sehr ernstesten Anliegen und Aktivitäten ihres Teams vorzustellen. Das tat sie mit besonderem Erfolg, denn sie eröffnete ihren Vortrag mit dem Argument, Rumänien sei einer der besten Orte, an dem man zurzeit leben könne. Sie beschrieb sich selbst als eine „pragmatische Optimistin“ und führte ihre Haltung darauf zurück, dass, während die Regierung niedergehe, die Bevölkerung Rumäniens erblühe. Diesen politischen Frühling unterstütze ‚Funky Citizens‘ durch Recherche, Nachforschungen und Jugendarbeit und richte sich damit an die Zielgruppe der Protestierenden: Junge Unternehmer, „Hipster“ und „Europhile“, welche von der Korruption in ihrem Land allesamt genug hätten und größere Anforderungen an ihre Regierung stellten.

Rumänien fehle es an radikalen Ideen und Ehrlichkeit. Wer hierbei an eine Art Revolution denke, täusche sich: Calistrus Ziel ist die Formulierung eines „realistischen Ansatzes“ zur schrittweisen Veränderung des politischen Systems Rumäniens, was ihr zufolge möglich sei. Weitere Bündnispartner ihrer Allianz seien junge Richter/innen und Staatsanwälte, die ebenfalls wortlos auf den Stufen der Gerichte gegen Rumäniens Zustand protestierten. Die Stärkung, Information und Entwicklung der rumänischen Jugend hin zu einer kritischeren Haltung sei auch nicht die Korruption *per se*, sondern die Abwanderung junger Qualifizierter. Rumänien könne sich glücklich schätzen, bisher keinen charismatischen Anführer erlebt zu haben, der sich zum alleinigen Repräsentanten des Volkes erkläre. Doch mit der zunehmenden Abnahme einer kritischen Masse, der Rumänien keine Hoffnung biete und die Europa für selbstverständlich halte, sei auch dies zunehmend eine Gefahr.

Die Anthropologin und Investigativ-Journalistin **Ana Maria Luca** setzte Calistrus Forderung nach einer politischen Erneuerung durch neue Politiker/inne/n mit einer flammenden Rede fort. Mit Vehemenz unterstrich sie, dass sie bei ihrer Rückkehr nach Rumänien 2016 die Demokratie unter der technokratischen Regierung in einem desolaten Zustand vorgefunden habe. Aus ihren anschließenden Nachforschungen schloss sie, dass es „zwei Rumänien“ gebe: Eines der protestierenden Bürger/inne/n und eines des Einsatzes von Gewalt gegen ebendiese und gegen Journalist/inne/n. Im Gegensatz zu Calistru war sie jedoch nicht der Auffassung, dass die Rumäninnen und Rumänen lediglich die politische Klasse erneuern wollten, sondern eher das gesamte politische System. „We want to live like Europeans, not in an Eastern type of system“, sei die tatsächliche Forderung derer, die demonstrierten gegen Rumäniens pyramidales System informeller Machtgruppen, wie es auch in Bulgarien und auf dem westlichen Balkan bestehe. Korruption habe es schon immer in diesen Regionen gegeben; der Kommunismus sei dafür nicht nötig gewesen, allerdings habe er die Korruption „normalisiert“. Korruption sei nichts weiter als die Verlängerung alltäglichen sozialen Kapitals, wie man es in Rumänien von der Vergabe eines Platzes an der Grundschule bis zu öffentlichen Ausschreibungen sehen könne. Abschließend beklagte Luca, dass die politische Linke im Land zwar ein aktiver Gegner der Oligarchen, aber durch Rumäniens kommunistisches Trauma *a priori* benachteiligt sei.

Am Schluss gab **George Jigla** noch eine *Tour d'Horizon* der politischen Landschaft Rumäniens. Anders als Calistru und Luca konstatierte Jigla, dass viele der rumänischen Spitzenkandidaten sich in einem „messianischen Stil“ präsentierten mit populistischen Kurzzeitlösungen, die wenig substantziellen Wandel herbeiführten. Johannes sei dabei der Einzige, der nicht zu einer Zunahme anti-europäischer Gefühle im weitestgehend pro-europäischen Rumänien beigetragen habe. Gleichzeitig sei die Stimmung gegenüber der PSD in Rumänien sehr geteilt; neben den vielen Demonstrierenden, die sie ablehnen, erfahre sie nach wie vor auch erhebliche Unterstützung. An dieser Stelle kritisierte Jigla, dass Proteste zwar sinnvoll seien, es an einem nachhaltigen Interesse am politischen Geschehen, geschweige denn Engagement im Alltag, unter den Bürger/inne/n Rumäniens aber fehle. Man frage sich zum Beispiel schon, warum die Parteien immer bei denselben Spitzenkandidaten endeten, und ob das nicht anders wäre, würden sich mehr Rumäninnen und Rumänen am demokratischen Prozess beteiligen.

Rumäniens semi-präsidentielles politisches System der Machtteilung pries Jigla hingegen, was vielleicht auch daran liegen mag, dass Präsident Johannes mehr seinen Vorstellungen entsprach als die ansonsten regierende PSD. Trotz später Stunde bekam Jigla gerade zum Abschluss noch einmal viel Gehör aufgrund seines Standpunkts, dass Rumänien nicht als ein „Problem“ in der EU zu behandeln sei. Weder sei Rumänien ein Problem für die Eurozone, noch habe es bis dato einen Orbán oder offene anti-europäische Propaganda hervorgebracht; es habe kein Drama um die Flüchtlinge gemacht und es habe auch keinen Brexit angekündigt.

Kritische Stimmen im Publikum merkten daraufhin an, dass Rumänien ja auch nicht Teil der Eurozone sei, es nicht auf der Fluchtroute liege und angesichts der großen Abwanderung aus Rumänien in den Rest der EU ein „Rumāxit“ von sich aus mehr als unwahrscheinlich scheine. Nichtsdestotrotz fand Jiglauschließendes Plädoyer, dass Rumänien als den „*bad student*“ der EU zu brandmarken nur kontraproduktiv sei, viel Zuspruch. *In the end*, ertönte es in Teilen des Publikums, sei es um Rumänien ja in der Tat doch gar nicht so schlecht bestellt. Das Symposium konnte die Licht- und Schattenseiten Rumäniens auf jeden Fall verdeutlichen.

■ North Macedonia's Foreign Minister in the German Bundestag

The Western Balkans after the Settlement of the Name Dispute Accomplishments, Challenges, Perspectives

Organizers: Southeast Europe Association (SOG) / Europa-Union Germany, Parliamentary Group in the German Bundestag
Berlin, 14 May 2019

Report by Christian Hagemann, Munich

□ On 14 May 2019, the Foreign Minister of North Macedonia **Nikola Dimitrov** gave a talk at the Bundestag's Paul Löbe Haus on the invitation of the Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft / SOG) and the Europa-Union Germany. The Minister's presentation focussed on the political situation in his country, the name deal with Greece, and his outlook on the developments in the region. In the large Europasaal, an audience of about 90 people heard an interesting presentation and following discussion, hosted by SOG Vice President and Member of the Bundestag, *Manuel Sarrazin*, and competently presented by *Adelheid Wölfl*, Southeast Europe correspondent of the Austrian daily 'Der Standard'. The event took place against the backdrop of the resolution of North Macedonia's name dispute with Greece, the most recent presidential elections in the country that were won by the ruling coalition, and the prospect of opening EU accession negotiations before summer 2019.

In 2017, the change of government in Skopje had opened the door for the solution of the country's decades-long name dispute with Greece. After its historic settlement in the realm of the Prespa Agreement in 2018, North Macedonia is now on the path towards NATO and EU accession, however, with varying prospects: On the one hand, joining NATO seems to be a done deal as several countries have already ratified North Macedonia's accession protocol. It is thus expected that the country will become the alliance's 30th member state in 2020. On the other hand, starting accession negotiations with the EU is the more important, but still also more difficult task: The recently published EU enlargement progress report recommended the opening of accession negotiations with North Macedonia, but only if the European Council confirms this recommendation. North Macedonia will be able to finally start the talks that were promised to the country since 2009 (but blocked as a result of the name dispute).¹

1 The EU Commission recommended on 29 May 2019 opening accession negotiations with both North Macedonia and Albania.